

**PROF. DR.  
PAUL HEINRICH DIEHL**

**MACHT ODER GEIST**  
**DIE FRAGE UNSERER ZEIT**

**TELOS - SONDERDRUCK**  
**BERLIN 1968**

Die pluralistische Gesellschaft, Demokratie genannt, ist ständig von der Gefahr der Selbsterstörung bedroht. Da sie der ausschließliche Garant der persönlichen Freiheit ist, bedeutet ihr Untergang auch den unserer Freiheit. Aber der „freie“ Bürger hat sich bisher nur als ein schlechter Verteidiger dieser seiner Freiheit erwiesen.

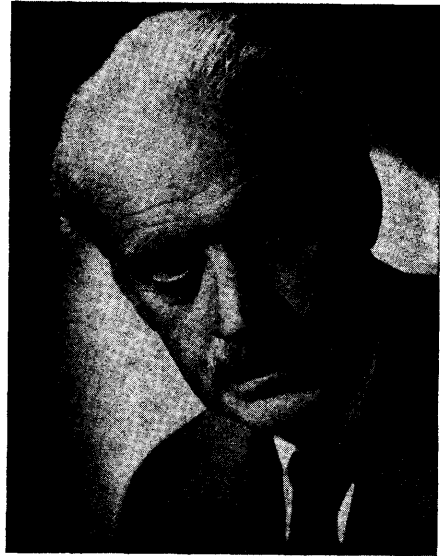
Schon die überwältigende Flut der täglich an ihn durch die modernen Kommunikationsmittel herangetragenen Informationen, Gedanken und Ideen macht es ihm schwer, einen klaren und sicheren Standort zu gewinnen. So ist sein Weltbild, dort, wo es nicht mehr durch religiöse Überzeugung bestimmt wird, mehr durch zufällige äußere Umstände als durch eine eigene begründete Meinung geprägt. Damit wird er zum willigen Werkzeug auf ihn einwirkender stärkerer Mächte und Kräfte. Die Ära Hitler hat uns dafür einen grauenvollen Anschauungsunterricht geliefert.

Aber die gespenstischen Schatten dieser furchtbaren Jahre scheinen ohne Wirkung geblieben zu sein.

Kaum sind die Felder der Erhard'schen „fruchtbaren Jahre“ abgeerntet, da feiert der Radikalismus von rechts und von links fröhliche Urständ. Die Marschkolonnen des Herrn von Thadden finden einen begeisterten Zulauf, der innenpolitisch ebenso deprimierend ist, wie er uns außenpolitisch kompromittiert. (In Moskau sagte der Verteidigungsminister Gretscho anlässlich der Jubiläumsfeier, eine „ernste“ Gefahr für die europäische Sicherheit gehe von den militärischen Bestrebungen Westdeutschlands aus.) Radikale Studentengruppen vollziehen Protestmärsche nach dem Muster der Arbeiterbataillone und Maos Rote Bibel in deutscher Übersetzung — ein durch die schlichte Form der Darbietung und die raffinierte Art der Argumentation äußerst gefährliches Buch — geht in deutschen Landen von Hand zu Hand.

So erhebt sich denn die Frage, wo liegen die letzten Ursachen für diese Anfälligkeit der Demokratie, der der Mensch doch sein köstlichstes Gut, die persönliche Freiheit verdankt? Sie liegen in ihrer derzeitigen mangelhaften Struktur. Um die Demokratie zu sichern, dazu bedarf es einer ihr gemäßen Ordnung. Und wenn schon Macht, dann nur die von innen gewachsene, gewaltige Macht, zu der sich eine von ihren Mängeln befreite Demokratie entwickeln kann.

50 Jahre — seit der Katastrophe von 1918 — haben Männer der Wissenschaft und Politik um die Klärung dieser Probleme gerungen. Die beifolgende Flugschrift gibt eine gedrängte Übersicht über die Wege und das Ergebnis ihres Bemühens. — Die Klärung ist heute vollzogen. — Aber die Verwirklichung dieser Gedanken bedarf des Verständnisses und der Zustimmung der breitesten Öffentlichkeit. Diesem Zweck soll die beiliegende Flugschrift dienen. Das Geld und das Gesetz der großen Zahlen bestimmen heute den Gang alles Geschehens. Nur eine Propaganda allergrößten Ausmaßes führt deshalb zum Erfolg. — Aus diesem Grunde wendet sich unsere Bitte an alle freiheitlich gesinnten Menschen um Hilfe für ein Unternehmen, das als Mindesterfolg die Eröffnung einer allgemeinen öffentlichen Debatte über die für uns und die ganze westliche Welt lebenswichtigste Frage erwarten läßt. Schon damit wäre ein erster entscheidender Schritt getan.



*Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl*

---

---

## MACHTPOLITIK ODER STRUKTURPOLITIK?

Was bedeutet aber dieser Vorgang? — Er war im Grunde nichts anderes als ein letzter Versuch Machtpolitik zu betreiben. Machtpolitik der Ohnmächtigen! Freilich nicht aus eigener Kraft, sondern gestützt auf die stärkeren Arme der anderen. Wir, die wir seit Menschengedenken das größte Fiasko mit solcher Politik erlitten hatten, wir blieben einer Fiktion treu, die seit Jahrtausenden die zivilisierte Menschheit in Atem hält, unbeschadet dessen, daß sie dadurch immer wieder ins Unglück gestürzt wurde, der Fiktion, daß Politik ausschließlich Sache der Macht, ja, daß sie anders überhaupt nicht denkbar sei. In Wahrheit aber ist *Politik als Staatskunst in erster Linie ein Strukturproblem und kein Machtproblem*. Das gilt für alle Zeiten, seit es überhaupt Kulturnationen gibt.

In einem alarmierenden Artikel von Günter Grass in der „Südd. Zeitung“ vom 29. Mai 1967 wird uns politisch unbelehrbaren Deutschen bewiesen, daß wir auch nach dem zweiten Weltkrieg wieder genau das Gegenteil dessen getan haben, was wir hätten tun sollen. Grass wirft unseren Politikern vor, daß sie es nicht gewagt haben, gegen den Strom zu schwimmen. Aber seit wann tut das eine parlamentarische Mehrheit? Das macht doch immer nur die Opposition, die nichts zu verlieren hat, aber möglicherweise einiges dabei gewinnen könnte.

Der Schock des totalen Zusammenbruchs war für uns Deutsche so unerträglich, der Gedanke, das eben noch so allgewaltige Großreich, vor dem die Völker zitterten, für immer zerschlagen zu wissen bis auf einen kümmerlichen Torso so unfassbar, daß wir einfach nicht gewillt waren, dies als Faktum hinzunehmen. Mit den sich daraus ergebenden Folgerungen sich abzufinden oder gar sie zu sanktionieren, bedeutete für die Mehrheit der Deutschen einfach die Selbstaufgabe. Kiesinger, dem Grass vorwirft, daß er dem Gedanken der Wiederbewaffnung den Vorrang gab vor dem des Verhandeln mit den Mächten um die Wiedervereinigung, hat als Mitglied der Mehrheitspartei nur deren Gedanken Ausdruck gegeben und er erntete dafür den Beifall eben dieser Mehrheit im Parlament.

Es ist im Laufe der Entwicklung der Staaten zu immer komplizierteren Gebilden in zunehmendem Maße deutlich geworden — was für alle Staaten seit Anbeginn gegolten hat — daß das Schicksal jedes Staatswesens weit weniger bestimmt wird durch seine politische Form, seine Einrichtungen jeglicher Art, seine Gesetze und seinen kulturellen Status, als *durch sein strukturelles Gefüge*. Die Art, wie Erzeugung und Verteilung der die menschliche Existenz sichernden Güter geregelt war, d. h. also das Verhältnis des Bürgers zur Produktionsquelle Boden und zum Tauschvermittler Geld, bestimmte seit je das Schicksal der Völker, ihre Blüte und ihren Untergang. Mißbräuchliche Eingriffe zur Steigerung oder Erhaltung der jeweiligen Machtposition verhindern eine gerechte Ordnung und führen auf lange Sicht wieder zum Sturz dieser Macht. Ob wir an die Revolutionen in moderner Zeit oder an den Untergang der ältesten Reiche denken, es ist immer das gleiche Bild. Und zu allen Zeiten gab es Mahner, die diesen Zusammenhang erkannten, aber unverstanden blieben.

Von Plinius dem Jüngeren ist uns die Klage überliefert: *Latifundia perdidere Italiam*, die Latifundien haben Italien zugrunde gerichtet. Während aber die Zahl derer, die das Bodenunrecht erkannten, im Laufe der Zeiten anwuchs, ohne daß sich freilich die Mächtigen daran stießen, blieb das minder sichtbare, aber nicht minder verheerende Übel des Mißbrauchs der im

Tauschmittel verborgenen strukturbildenden Kräfte, bis in unsere jüngste Gegenwart oft selbst denen, die daraus Nutzen zogen, seinem Wesen nach unbekannt. Es ist ungemein bezeichnend, daß es gerade über diese Zusammenhänge, trotz der erdrückenden Fülle der Geldliteratur, erst eine einzige systematische und dabei keineswegs erschöpfende Untersuchung gibt und zwar die des des Schweizer Fritz Schwarz, Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker (Bern 1945). Der Vorrang des Machtdenkens hat es verhindert, daß diese Problematik jemals einer ernstlichen Prüfung unterzogen wurde.

Alle Politik begnügt sich bis zur Stunde noch damit, den aus den bestehenden strukturellen Fehlkonstruktionen folgenden Schwierigkeiten von Fall zu Fall durch gesetzliche Eingriffe zu begegnen. Durch dieses Kurieren an den Symptomen aber wird lediglich erreicht, daß nach Beseitigung einer Schwierigkeit wieder eine neue heraufbeschworen wird.

Lassen Sie mich das an einem drastischen Beispiel aus unserer jüngsten wohlstandsträchtigen Vergangenheit illustrieren. Bis zum Jahre 1954 bewegten sich die Bodenpreise im Vorortbereich Münchens in der Größenordnung von 4—10 DM. Zehn Jahre später waren sie auf 160, 180, ja 200 DM gestiegen. Wer demnach eine Bodenfläche von 1000 qm sein Eigen nannte, konnte damit einen effektiven Gewinn von 160 000 DM und mehr für sich buchen, ohne auch nur einen Finger dafür gerührt zu haben. Versucht man sich danach eine ungefähre Vorstellung von der Größe der im genannten Zeitraum gemachten Gewinne in der Bundesrepublik mit ihren rund 25 000 Städten und Dörfern zu machen, so kommt man zu geradezu erschreckenden Zahlen. K. R. Müller schätzt in seiner höchst aufschlußreichen, zusammenfassenden Betrachtung (im Märzheft 1965 der Zeitschrift „Mensch, Technik, Gesellschaft“ der Akademie für freie und soziale Ordnung, Bottrop) den Gewinn aus Bodenverkäufen bis zum Jahre 1964 auf 85—100 Milliarden. Vielleicht ist diese Zahl sogar noch zu niedrig gegriffen. Dazu kommt, daß der Trend in der Bodenspekulation bis Ende 1966 noch ganz bedeutend zugenommen hat. Aber es geht ja hier nicht um die Ziffern, sondern um das Prinzip. Entscheidend für die gegenwärtige Betrachtung ist jedenfalls die Tatsache, daß in wenig mehr als einem Jahrzehnt ein alle bisherigen Vorstellungen übersteigender Betrag in

die Hände einer Minderzahl von Bürgern ohne jede Gegenleistung gelangt ist. Da aber diese neu gewonnenen Vermögen natürlich auch Zinsen tragen, kommt zu dieser Vermögensverschiebung von gigantischem Ausmaß noch eine Einkommensverschiebung in Milliardenhöhe. Die dadurch entstandene Dauerbelastung unserer Wirtschaft trägt logischerweise der letzte Konsument, vor allem in Gestalt vielfach erhöhter Mieten. Jene Riesensummen, bei denen es auf ein paar Milliarden mehr oder weniger gar nicht ankommt, *lasten nun als eine ungeheure Hypothek auf der Gesamtproduktion der Bundesrepublik und zwar für alle Zeit.*

Und wie war die Haltung unserer Volksvertretung zu dieser unserer lebenswichtigsten Frage?

Die Tragikomödie der Bodengesetzgebung nach dem 2. Weltkrieg steht wohl einzig da. Die Väter des Grundgesetzes haben die Folgen der Übernachfrage nach Boden, besonders auch im Hinblick auf die Ostflüchtlinge, erkannt und schufen den Artikel 15, der die Überführung des Bodens in Gemeingut gegen Entschädigung vorsah. Demgemäß forderte die Bundesregierung auf, bis zum 30. 6. 1954 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der vor allem die Bodenspekulation unterbinden sollte.

Die Verschleppung der ganzen Angelegenheit durch die Bundesregierung, die ablehnende Haltung einer Mehrheit der Abgeordneten, die selbst Grundbesitzer waren, die schließliche Einsetzung eines „wissenschaftlichen Beirats“, der alle bodenreformerischen Vorschläge als „ungeeignet und undurchführbar“ erklärte und die endlich im Jahre 1959 beschlossene und wegen ihrer (voraussehbaren) Unwirksamkeit bald wieder ad acta gelegte Baulandsteuer sind die Etappen auf einem Weg, der in der ungezügelter Bodenpekulation sein Ende fand.

Am Anfang die feierliche Erklärung dessen, was not tat, am Ende ein Zustand, der dieser Erkenntnis in jeder Weise Hohn spricht, das war das Fazit einer zehnjährigen „Tätigkeit“ unserer Regierenden.

Wäre eine Instanz dagewesen, die sich in den letzten zehn Jahren wirklich intensiv mit der Bodenfrage befaßt hätte, wie es das Grundgesetz verlangte, dann hätte man gefunden, daß eine

annehmbare Lösung auch unter Aufrechterhaltung des Privateigentums an Boden durchaus möglich gewesen wäre (vgl. Eckhard Behrens, Lösung der Bodenfrage, in der Monatsschrift „Evolution“ 1964 Nr. 77, S. 145. Bern, Sem-pacherstraße 9).

Die Haltung unserer Verantwortlichen ist um so weniger zu entschuldigen, als bei einigem guten Willen sich durchaus tragbare Lösungen hätten finden lassen.

Es sei mir gestattet, dafür das Beispiel meiner eigenen Wohngemeinde Gräfelfing, der ich 14 Jahre als Bürgermeister vorstand, anzuführen, weil es zugleich einen recht instruktiven Beitrag zur Prizipienfrage für dieses heikelste Thema der Wirtschaftspolitik liefert.

Wir hatten in der Krisenzeit vor 1933 allen irgend erreichbaren, damals im Preis sehr tief stehenden Boden angekauft. Als wir dann 1933 ausgebootet wurden, hielt der neue Finanzreferent, ein Bankfachmann, eine Brandrede gegen uns Verschleuderer von Volksvermögen. Bei unserem Wiedereinzug ins Rathaus nach den ominösen 12 Jahren stellten wir fest, daß das ganze, von uns erworbene Areal von 1 040 000 qm bis auf einen kleinen Rest (43 250 qm) aus dem Gemeindebesitz verschwunden war und auch das dafür eingehandelte Geld sich in Rauch aufgelöst hatte.

Dieser Rest reichte eben noch aus, um für unsere Flüchtlinge eine Siedlung — heute ein Schmuckstück der Gemeinde — bestehend aus 41 Häusern mit 272 Wohnungen bei entsprechend günstigen Mietpreisen zu errichten. Sieht man davon ab, daß die erst im Anfangsstadium befindliche Aktion gewaltsam abgebrochen wurde, so wird man zugeben müssen, daß hier ein durchaus diskutabler erster Schritt zur Lösung der Bodenfrage unternommen war. Man braucht sich nur vorzustellen, was es bedeutet hätte, wenn seit je alle Gemeindevertretungen des Reiches in gleicher Weise verfahren wären. Was es nicht dazu kommen ließ und nicht dazu kommen läßt, ist weit weniger primitiv egoistisches Denken, als *die mangelnde Unterrichtung der Allgemeinheit über die entscheidenden Grund-satzfragen der menschlichen Existenz*, wofür die kurzsichtige Betrachtungsweise des erwähnten Bankmannes, dessen ehrliche Überzeugung wir nicht im mindesten bezweifeln wollen, eine dra-stische Illustration liefert.

Aber das eigentlich verursachende Übel ist in unserem Falle die bis zum heutigen Tage bestehende mangelnde Einsicht und die daraus folgende mangelnde Beherrschung des zweiten Strukturelementes unserer Gesellschaftsordnung, des Tauschmittels und seiner Funktionen. Und es ist kein Trost für uns, daß das nicht für uns allein gilt, sondern für die ganze zivilisierte Welt. Die durch Jahrtausende geübte Machtpolitik, mit der man sich schlechthin an alle öffentlichen Probleme heranwagte und sie „löste“, hat es verhindert, daß man den entscheidenden Strukturproblemen ernstlich auf den Grund ging.

Schon die Tatsache, daß in kurzer Aufeinanderfolge Konjunktur und Krise sich gegenseitig ablösen, beweist zur Genüge, daß man das Instrument, auf das es dabei in erster Linie ankommt — aus welchen Gründen auch immer — nur mangelhaft beherrscht. Dank der seit zehn Jahren auf eine „schleichende Geldentwertung“ gegründeten Konjunkturpolitik hatten wir eine Wirtschaft, die „gut verdiente“. Dabei war bis auf den heutigen Tag diese Wirtschaft besessen von dem Drang zum Export, der den exportbegünstigten Industrien einseitig konjunkturelle Gewinne brachte. Aber mit diesen Gewinnen im Blickfeld sahen wir daran vorbei, daß die Exportdevisen *nicht von einer legitimen Nachfrage* aus der deutschen Wirtschaft, sondern von laufend „neugeschöpfter Nachfrage“ aus der Notenpresse aufgekauft wurden. Allein der Bargeld-umlauf — ein zuverlässiger Maßstab für die Ordnung einer Volkswirtschaft — hat von 1957 (17 Mrd. DM) bis 1967 (32 Mrd. DM) um 15 Mrd. DM, also auf fast das Doppelte zugenommen. Und diese „Produktivität“ der Notenpresse galt ja nicht der Förderung der deutschen Wirtschaft im allgemeinen, sondern sie galt ausschließlich Jahr für Jahr dem Ankauf von Exportdevisen. Aus diesem Grund stockte sich die Geldvermehrung (als „importierte Inflation“) mit jedem Exportüberschuß weiter auf. Daß diese Entwicklung mit dem Abkommen von Bretton Woods zusammenhängt, ist keine Entschuldigung für das Weitertorkeln auf diesem Wege. Längst schon hätte die Bundesregierung sich der gründlichen wissenschaftlichen Klärung dieser Probleme annehmen und eine internationale Neuordnung anstreben müssen. Nichts gegen den Export — aber ein ganz entschiedenes Nein zum Devisenankauf aus Mitteln der Notenbankgeldschöpfung.

Diese künstliche Geldaufblähung löste nun einen verhängnisvollen Automatismus aus, der einen völligen Wandel im Strukturbild unserer Wirtschaft zur Folge hatte. Die durch den Geldstrom bewirkte Übernachfrage setzte das Rad der Wirtschaft in immer schnellere Bewegung, die durch nichts mehr aufzuhalten war. Ein Teufelskreis entsteht, ein Keil treibt den anderen. Das als Masse anschwellende, in seiner Kaufkraft ständig abnehmende Tauschmittel zwingt zur Investition, die verstärkte Investition fordert vermehrte Arbeitskräfte. Dem voll ausgelasteten Arbeitsmarkt werden Fremdarbeiter zugeführt. Das ist nicht anders, als ob man einem vollblütigen Menschen durch Einspritzungen weiteres Blut zuführt. Der Arbeiter erhält über-tarifliche Löhne, und der Kaufkraftschwund belehrt ihn darüber, daß auch für ihn „investieren“, d. h. sein Geld in Ware umsetzen, besser ist als sparen. So wird es schließlich auch für den kleinsten Mann zur Prestige-Frage ein Auto zu besitzen, eine ebenso zweifelhafte wie kostspielige Kapitalanlage. Folge: überall platzt das Straßennetz aus den Nähten. Aber die Gemeinden haben Geld, wenn auch nicht unbegrenzt. Die Gewerbesteuern fließen reichlich und Kredite sind für sie leicht zu haben. Riesige Kapitalien werden in dieser Zeit flüssig gemacht von Gemeinden, Ländern und Staat — und müssen verzinst werden.

Einem gewaltigen Strom gleich hat sich das überschüssige Geld über das ganze Land verbreitet und in kleine und kleinste Kanäle verästelt. Wer soll diesen Strom aufhalten und wo? Ausgabeneinschränkung! Die Regierung schnappt nach Luft. 85 %, nach jüngsten Erklärungen sogar 90 % der Gesamtausgaben — zu einem wesentlichen Teil Zinsbelastungen — beträgt der Anteil der gesetzlich, vertraglich oder international gebundenen Ausgaben. Von dem verbleibenden Rest kommt natürlich wiederum nur ein kleiner Teil für Kürzungen in Frage. Bestenfalls vielleicht 10 %, das wären etwa 600 Millionen. Was aber bedeutet diese Summe bei insgesamt 33 Milliarden DM öffentlicher Investitionen, wie sie beispielsweise im Jahre 1964 ausgewiesen wurden?

Die Verschuldung hat gigantische Formen angenommen und der Bund als Wirtschaftskörper gleicht mehr einem an Händen und Füßen gebundenen, aktionsunfähigen Koloß. Kein Wun-

der, daß sich jene Männer wieder zu Wort gemeldet haben, welche die Schuld bei denen suchen, die für eine freie Wirtschaft angetreten sind und sich von massiven Eingriffen in die Wirtschaft, mit anderen Worten von einer auf Macht gestützten Führung mehr versprechen, als von einer nur den Marktgesetzen gehorchenden Wirtschaft.

Macht an sich ist in ihrem Vollzug bedingungsloser Eingriff in das Recht auf Freiheit anderer und damit Willkür. Sie ist nur berechtigt als Ordnungsfaktor und setzt immer eine Befugnis voraus, erteilt durch diejenigen, die sie zum Schutz dieser Ordnung eingesetzt haben. Sie besteht nur zu Recht in deren Bereich. Absolute Macht aber bringt schnellere Erfolge und wirkt dadurch faszinierend, — ruft jedoch andererseits die Gegenkräfte auf den Plan. Das hat dazu geführt, die Machtmittel ständig zu verstärken und zu verbessern, soweit, daß der Mensch heute vor der Gefahr der Selbstvernichtung steht. Will er überleben, so muß er an die Stelle des Macht-denkens konstruktives Denken setzen.

So blieb die vom bisherigen Machtdenken geschaffene Weltordnung im tiefsten unbefriedigend. Sie trägt weitgehend den Charakter der Willkür, ist demnach keine natürliche, d. h. dem Menschen gemäße Ordnung. Gegenüber der raffinierten Technik der Machtmittel, die sich im letzten nun als wertlos erweisen, hat die Technik des menschlichen Zusammenlebens kaum eine Besserung erfahren. Noch immer macht man schuldlose Menschen zu Schlachtopfern irgendwelcher willkürlichen Systeme.

Die Frage ist nun freilich, gelingt es, die Menschen zur Besinnung zu bringen, ein Umdenken zu erreichen, ohne daß die den Frieden ständig störenden Faktoren, die im Bodenproblem und im Geldwesen verborgen liegen, beseitigt werden? Es ist eines der seltsamsten und doch kaum beachteten Phänomene der arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung, daß das für ihre Zwecke geschaffene, scheinbar so harmlose und so überaus nützliche Tauschmittel sich, unabhängig vom bewußten Willen der Menschen zu einem Machtfaktor entwickelt hat, der in seiner autonomen Gesetzlichkeit der brutalen Macht der Herrschenden sich immer wieder in seiner Wirksamkeit als überlegen erwiesen hat.

Warum aber ist das so?

Als ich noch auf der Schulbank saß, da erzählte uns der Lehrer, daß ein Pfennig zu Christi Geburt angelegt mit 4 % heute den Wert einer Goldkugel von der Größe der Erde darstellen würde. Inzwischen dürfte der Wert von einem Dutzend goldener Erdkugeln kaum ausreichen, um die fälligen Zinsen zu bezahlen. Das heißt aber doch, daß im zinstragenden Geld eine Explosivkraft liegt, die eine geradezu verblüffende Parallele zur Atombombe darstellt. Die „Ausbeutung“ durch den Boden ist immerhin begrenzt durch die Größe des Bodens, diejenige durch den Zins tendiert immer ins Grenzenlose. Man hat zwar diesen Effekt durch das Mittel der sogenannten „Amortisation“ bei langfristigen Schulden teilweise eingedämmt — was sonst geschehen wäre, ist kaum auszudenken. Aber davon, daß damit das Problem gelöst wäre, kann keine Rede sein. Es gibt heute bereits eine erschreckende Zahl von Milliardenären, deren Zins-einkommen in ständigem weiteren Wachsen ist und auch die Staatsschulden wachsen ins Ungemessene.

Die öffentliche Verschuldung in der BR ist, nach Feststellung der Deutschen Bundesbank seit 1950 um mehr als das Vierfache, von 21 auf 93 Mrd. DM gestiegen. Sie soll in diesem Jahr auf 100 Mrd. DM steigen. Wäre es dann nicht an der Zeit, daß sich der deutsche Bundesbürger auch einmal über dieses Problem seine Gedanken machte?

Es würde zu weit führen, alle Konsequenzen der im Zins wirksamen Explosivkräfte im einzelnen zu analysieren, aufzuzeigen, inwiefern das zinsbedingte Rentabilitätsgesetz zur Ursache der hektischen Betriebsamkeit unseres Wirtschaftslebens und der Ausschließlichkeit des Gewinnstrebens bei einer Vielzahl von Menschen geführt hat, eines Hastens nach Gewinn, das keineswegs naturbedingt mit der menschlichen Psyche gegeben ist.

Heute steht der Hypertrophie des Wirtschaftslebens in den hochzivilisierten Ländern, die keinen Ausgleich kennt, sondern bei gigantischer Material- und Kraftverschleuderung („Überproduktion“) in periodischen Wirtschaftskrisen immer wieder neue Katastrophen zeitigt, ein Notstand in den unterentwickelten Ländern (zumeist Domänen der früheren Kolonialherren)

gegenüber mit fast unüberwindlichen Ernährungsschwierigkeiten, die durch die rasante Bevölkerungsvermehrung in wenigen Jahrzehnten schon eine Weltkatastrophe erwarten lassen. „500 Millionen hungernder Kinder“ konnte man kürzlich wieder in den Schlagzeilen des Tagespresse lesen. Ein Gefahrenherd, der weder durch Notstandshilfen von Fall zu Fall, noch durch planwirtschaftliche Maßnahmen, sondern nur durch den allmählichen Um- und Ausbau des strukturellen Gefüges in den einzelnen Staatswirtschaften endgültig beseitigt werden kann.

Zur Behebung unserer eigenen Krise hat man im Jahre 1967 Kredite in Milliardenhöhe der Wirtschaft zur Verfügung gestellt, nach der von Keynes empfohlenen Methode des „deficit spending“: Zunächst 2,6 Milliarden. Sie taten jedoch keine Wirkung. Also versuchte man es nach einiger Zeit mit einer zweiten Spritze und einer doppelt so starken Dosis: 5,3 Milliarden. Nun wartet man ab, ob sie ihre Schuldigkeit tut. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist niemand sicher, ob dies geschehen wird. Manche Wirtschaftler äußern sich skeptisch. Sicher ist nur, daß die Kosten des Verfahrens der letzte Verbraucher zu tragen haben wird und zwar in doppelter Weise, einmal in den unvermeidbar steigenden Preisen infolge der weiteren Inflationierung der Wirtschaft und in den durch den Schuldendienst bedingten Steuererhöhungen.

Wie sieht nun nach alledem die Finanzgebarung unserer Regierenden in den letzten zwanzig Jahren aus?

Zunächst, im Zuge des wirtschaftswunderlichen Wiederaufbaus ein Geschenk von 100 Milliarden an den bodenbesitzenden Teil der Bevölkerung zu Lasten des anderen Teils, der die Kosten der zehnfach erhöhten Mieten etc. zu tragen hat. Darauf folgend ein wirtschaftlicher Zusammenbruch. Und schließlich ein Experimentieren und Lavieren mit Milliardenbeträgen auf gut Glück.

Finanzpolitik heute also — noch immer ein Vabanquespiel mit dem Schicksal eines ganzen Volkes als Einsatz.

Vergleiche hinken im allgemeinen — gewiß. Aber wenn man die Präzision der Zerstörungsmaschinerie, die sich die Menschen zur gegenseitigen Vernichtung aufgebaut haben und die mangelhafte technische Apparatur, die dem Auf-

bau und der *Erhaltung* der menschlichen Gesellschaft dienen soll, einander gegenüberstellt, so darf man doch, ganz allgemein gesagt, diesen Vergleich als ein Zeugnis dafür in Anspruch nehmen, was Machtdenken und konstruktives Denken im Laufe einer vieltausendjährigen Entwicklung gezeitigt haben.

## DER VORSCHLAG VON GÜNTER GRASS: EINE DEUTSCHE FÖDERATION

Günter Grass fordert in seinem Aufsatz die Anerkennung von unabänderlichen, noch dazu durch unsere Schuld entstandenen Tatsachen: der Oder-Neiße-Linie und der Existenz zweier deutscher Staaten. Er empfiehlt eine Föderation, als der einzigen dem deutschen Wesen und der deutschen politischen Vergangenheit gemäßen Staatsform. Eine Föderation, in der christ-demokratisch, sozialdemokratisch und kommunistisch regierte Bundesländer zusammenarbeiten. Man sollte Nationalgefühl und Nationalbewußtsein nicht verwechseln und den Traum eines deutschen Großreiches endlich ein- für allemal begraben.

Gewiß, es berührt unser Menschentum in keiner Weise, ob wir in einem Staat von 50 Millionen oder von 50 000 qkm leben. Der Stolz des kleinen Untertanen auf „die Macht und Größe seines Vaterlandes“ verdient bestenfalls ein entschuldigendes Lächeln. Was aber jedem frei denkenden Deutschen den Gedanken an jenen zweiten deutschen Staat so unerträglich macht, das für ihn im tiefsten Schmerzlichen liegt darin, daß man dort in dem anderen Deutschland systematisch darangeht, einen anderen, uns fremden, ja im Innersten feindlichen Menschen heranzuzüchten, daß das, was wir glaubten als unseren unverlierbaren und vornehmsten Besitz in jahrhundertelangen Kämpfen errungen zu haben — unsere persönliche Freiheit, nun unseren Brüdern wieder geraubt wird. Soll eine Föderation Sinn haben, dann nicht ohne Freizügigkeit zwischen den föderierten Staaten. Freizügigkeit aber würde den kommunistischen Staat sofort in Frage stellen. Der Vergleich mit Frankreich hinkt. Dort kann der Kommunist jederzeit zu einer anderen Partei hinüberwechseln. Er ist als solcher kein staaterhaltender Faktor. Seine

Stimme wird zwar gehört, aber ihr Gewicht wird bestimmt durch die sie stützenden, gleichgerichteten Kräfte.

Der Vorschlag von Grass würde die Unterminierung des gegen den Westen gerichteten Bollwerks zur Folge haben. Wie sollte der Osten dem zustimmen?

## DER IRRWEG DER ZWÖLF JAHRE

Daß der Vorschlag von Grass aller Voraussicht nach sich als undurchführbar erweist, widerlegt nicht seine diesem Vorschlag zugrundeliegende Überzeugung, daß die einzig mögliche Haltung der BR der Verzicht auf jede Form von Machtpolitik ist. Indes, so heilsam seine offene Sprache für manchen heimlichen Revanchisten vielleicht gewesen sein könnte, sie verharrt doch im Grunde im Negativen und ist ohne jeden zukunftsweisenden Aspekt, der dem entnutigten Deutschen die Überzeugung wiedergeben könnte: Es lohnt sich doch noch für mich, politisch tätig zu sein. Gerade uns entmachteten Deutschen, die wir zweimal als eine der stärksten Militärmächte der Erde am Machtproblem gescheitert sind und soviel Unheil über die Welt gebracht haben, ist es aufgegeben, Wege zu zeigen, zum mindesten an ihrer Auffindung mit tätig zu sein, die die Menschheit nach Möglichkeit fernerhin vor solchem Unglück bewahren.

Es wäre indessen eine verhängnisvolle Entstellung der Tatsachen, zu behaupten, es hätte nie ein anderes, den Frieden liebendes und suchendes Deutschland gegeben, wie es heute noch viele unserer ehemaligen Gegner wahr haben wollen, die im Hinblick auf die Geschehnisse in der Hitlerzeit, nicht müde werden, uns als die unverbesserlichen Gewaltmenschen hinzustellen. Eben das aber hat uns vor allem bei unseren östlichen Nachbarn ein Mißtrauen eingetragen, das geradezu unüberwindlich scheint.

Es ist unsere besondere Tragik, daß all die ernsthaften, nie erlahmten und von weitesten Kreisen unterstützten Bemühungen um eine den Frieden sichernde Ordnung im Schatten der entsetzlichen Ereignisse nach 1933 völlig untergingen. Darum erscheint es dringend geboten, immer wieder darauf hinzuweisen, wieviel doch



in all den kritischen Jahren seit 1918 von deutscher Seite getan wurde, um einer friedlichen Entwicklung die Wege zu ebneten.

Schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch 1918 standen allenthalben in Deutschland Männer auf, die sich dieser Aufgabe mit aller nur denkbaren Hingabe widmeten. Sie kamen aus allen geistigen Lagern.

Die Tätigkeit dieser Männer erwies sich als ungemein fruchtbar und man darf sagen, daß zwei der entscheidendsten, die Entwicklung einer befriedigenden Ordnung voraussetzenden Erkenntnisse in diesen Jahren geboren wurden. Zum ersten die durch die Kriegserfahrung ins Bewußtsein getretene Erkenntnis, daß Macht ihrem Wesen nach Willkür bedeutet und darum keine dauerhafte Ordnung zu schaffen vermag. Jede auf Macht aufgebaute Gesellschaft sei deshalb grundsätzlich ständig wiederkehrenden Störungen ausgesetzt. An die Stelle des Machtstaates müsse daher eine Ordnung treten, in der die Erhaltung der Freiheit und Würde des Menschen oberstes Gesetz ist. Dem Staat komme dabei nur eine dienende Funktion zu. Die Wirtschaft aber habe sich nach den Gesetzen des freien Marktes zu entwickeln. Diesem Gedanken trat freilich die organisierte Arbeiterschaft entgegen, weil sie sich von planwirtschaftlichen Rezepten mehr versprach.

Zum zweiten brachte die Frage, wodurch Macht in der Politik ersetzt werden könne, Vorschläge für eine Wirtschaftsordnung, die vor allem auf den Erkenntnissen genialer Außen-seiter fußten, Männern der Praxis, wie Flürscheim, Gesell, dem Arzt Dr. Christen u. a., deren unbestreitbares Verdienst es ist, zum erstenmal auf den *Primat der strukturbildenden Kräfte im menschlichen Gesellschaftsorganismus* hingewiesen zu haben. Auch hier gab es Widerstand von seiten der Fachwissenschaft, während sich in eben derselben Zeit der Status der offiziell anerkannten Wissenschaft in der großen Inflation von 1923, der monströsesten Ausgeburt des wissenschaftlich sanktionierten Deckungsaber-glaubens, dokumentierte.

Gewiß bedurfte manches, was damals an neuen Gedanken vorgetragen wurde, noch der Abklärung, aber der Weg war vorgezeichnet, das Entscheidende gesagt. Das Publikum aber

nahm stärksten Anteil an den öffentlichen Debatten. Die Botschaft einer neuen friedlicheren Welt fand überall in Deutschland bei vollen Sälen eine begeistert zustimmende Hörschaft. Es kam zu zahlreichen Ortsgruppengründungen und eine reiche Literatur trug die Gedanken ins Land.

In diese Atmosphäre schlug wie eine Bombe die Kunde von Hitlers Putsch in München. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß dieser Putsch im Effekt der Wirkung von Tausenden von Versammlungen gleichkam; denn die Kunde davon erreichte jeden Unzufriedenen im fernsten Winkel des Reiches. Hitlers rasanter Aufstieg war damit eingeleitet und bald machte der organisierte Mob jede Versammlung unmöglich. Das Verhängnis nahm seinen Lauf.

Im Jahre 1931 wagte ich einen letzten Versuch, das kommende Unheil aufzuhalten mit der Veröffentlichung einer Kampfschrift: „Wohin führt uns der Nationalsozialismus?“ Meine Freunde und ich hofften dabei in unserem Optimismus auf die Unterstützung durch die Regierung, die für eine Verbreitung der Schrift — möglichst in einer Millionenaufgabe — besorgt sein würde. Unsere Hoffnung, damit eine Wende herbeizuführen, war aber insofern nicht ganz unberechtigt, als zu diesem Zeitpunkt die total verschuldete Partei sich in einer äußerst prekären Lage befand. In der Tat sanken 1932 die Wahlziffern stark ab und es hätte wohl nur eines geringen Stoßes bedurft, um die vielen noch Zaudernden zur Vernunft zu bringen.

Aber was geschah statt dessen?

Am 20. Februar 1933 fand im Hause Göring eine Konferenz zwischen der Partei und einigen Herren der Industrie statt, als deren Ergebnis Hitler eine Wahlspende von 3 Millionen zur Verfügung gestellt wurde.

Diese Wahlspende war ein Vorgang von welt-historischer Bedeutung und findet seine Parallele nur in der gleich verhängnisvollen Tat der deutschen Regierung: dem Transport Lenins im plombierten Wagen nach Rußland.

Am 25. April 1933 schreibt Krupp an Hitler: „Die politische Entwicklung begegnet sich mit den Wünschen, die ich selbst und das Präsidium seit langem gehegt haben“.

Es erscheint zunächst unbegreiflich, daß die sonst doch so vorsichtigen Kapitäne der Wirtschaft zwar jeden von Außenseitern kommenden, auch noch so beachtenswerten Vorschlag meist ungelesen dem Papierkorb überliefern — unsere Hinweise jedenfalls blieben in den meisten Fällen unbeantwortet — aber einem Mann ihr Vertrauen schenkten, der als letzte Weisheit die These vertrat, an allem Unheil seien die Juden schuld.

Dazu schrieb mir, gelegentlich einer Kontroverse, ein Gesinnungsfreund: man müsse zunächst davon ausgehen, daß die Widerstände gegen alle echten Lösungen in der ganzen westlichen Welt ungeheuer groß seien. „Das ‚Establishment‘, die Interessengebundenheit bei uns, wie überall in der Welt, bei dem aber die Macht ist, kann nicht sehen, wie die Übel geheilt werden können und ist demzufolge nicht bereit, kleinen Professoren und wenn auch noch so gescheiten Eiferern ihr Ohr zu leihen. Das ist — vielleicht von Ausnahmen abgesehen — nicht böser Wille, der diese Problemblindheit bewirkt, sondern lediglich Unachtsamkeit und Uninteressiertheit. Zumal, *wenn es sich um Wirtschaftler handelt*, die es ja nur gewohnt sind, ein Leben lang ausschließlich ihre eigenen Interessen ins Auge zu fassen. Gerade in der westlichen Welt stehen aber nun einmal, dank der freien Wettbewerbs-Wirtschaftsordnung, die eigenen Ziele am höchsten im Kurs.“

Jedenfalls war das Entscheidende der Glaube dieser Herren an die Macht, sonst hätten sie sich nicht an Hitler als den vermeintlichen Retter gewandt, sondern (rechtzeitig) an die Herren, die am Schalthebel der Wirtschaft saßen.

Überdies war man der Meinung, man benötige Hitler und seine Partei als das wirksamste Bollwerk gegen den Kommunismus und sah wiederum nicht, daß es dieses Bollwerks gar nicht bedurft hätte, weil eine weit zuverlässigere Abwehr eine geordnete Währung gewesen wäre.

Der Sieg Hitlers bedeutete die restlose Zerstörung aller freiheitlichen Organisationen. Auf Grund der Mitgliederlisten wurde jedes einzelne Mitglied aufgesucht und alles dort vorgefundene, irgend „verdächtige“ Schriftmaterial konfisziert und vernichtet. Es gab wohl kaum jemals eine so gründliche, eine so systematische und raffi-

nierte Ausrottung des gesamten Geistesgutes einer politischen Bewegung, wie sie hier in Szene gesetzt wurde.

## AUF NEUEN WEGEN

Nach dem Sturz Hitlers schien ein Neuaufbau eine fast hoffnungslose Sache. Das Vakuum der zwölf Jahre, das alle getane Arbeit hatte in Vergessenheit geraten lassen, das Fehlen aller materiellen und geistigen Hilfsmittel und nicht zuletzt das sich anbahnende „Wirtschaftswunder“, das das Interesse der Allgemeinheit an theoretischen Betrachtungen über Wirtschaftsprobleme auf den Nullpunkt sinken ließ, stellten fast unüberwindliche Hindernisse dar.

Andererseits aber waren gerade während jener zwölfjährigen Vakanz die Arbeiten zweier Wissenschaftler erschienen, die die Welt aufhorchen ließen, weil sie völlig neue Aspekte für eine künftige Weltwirtschaftsordnung eröffneten. Ihrer Aussage nach aber bedeuteten diese Werke nicht mehr und nicht weniger als die wissenschaftliche Einkleidung und Bestätigung jener Gedanken, die seit 1918 von den freiheitlichen Bewegungen in Deutschland und in der Schweiz vertreten wurden.

Seit jeher war das Zinsproblem die große Sphinx in der Wirtschaftswissenschaft. Im Jahre 1921 erschien das große dreibändige Werk von Eugen von Böhm-Bawerk, in dem er den nie bestrittenen Nachweis liefert, daß sämtliche (rund 150!) bisher entwickelten Zinstheorien auf Irrtum beruhen.

Während inzwischen jedoch auch seine eigene Theorie widerlegt wurde, gelang es im Jahre 1936 J. M. Keynes in seinem Buch „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ dem Rätsel auf die Spur zu kommen, womit er allerdings zugleich eine glänzende Bestätigung der Beweisführung lieferte, die der Kaufmann und wissenschaftliche Dilettant Silvio Gesell bereits im Jahre 1891 in seiner Schrift „Die Reformation des Münzwesens“ niedergelegt hatte.

Die Zinstheorie von Keynes ist bis heute unbestritten und wird es wohl auch bleiben\*). Dagegen sind seine praktischen Vorschläge der Krisenbekämpfung durch Staatshilfe problematisch, weil sie die Wirtschaft wieder dem Dirigismus in die Hände liefern.

„Ohne Freiheit der Person die soziale Frage zu lösen, ist unmöglich.“ Dieser Satz ist das Leitmotiv seiner wissenschaftlichen Lebensarbeit. Er hat mit höchster Meisterschaft der Beweisführung und mit profundem Wissen die Bestätigung für diese Tatsache geliefert.

Demgegenüber ist die Konzeption Walter Euckens weit konsequenter und umfassender.

Für die Freunde der Freiheit aber bedeuteten die Arbeiten der genannten beiden Männer die Bestätigung, daß sie bei ihrer Suche nach einer neuen Ordnung auf dem rechten Wege marschierten. Das aber gab ihrem Tatendrang neuen Auftrieb. Es kam zunächst im engsten Kreise zur Gründung einer „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung“. Der langatmige Titel wurde aber bald durch einen besseren ersetzt: „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“. Wir erlebten die Genugtuung, daß diese Aktionsgemeinschaft sich sehr schnell zur angesehensten wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigung in der BR entwickelte. Männer von internationalem Ruf, wie Rüstow und Röpke, Franz Böhm und Carl Nipperdey, um nur einige Namen zu nennen, traten der Vereinigung bei.

\*) Was diese Klarstellung für die Sozialstruktur der menschlichen Gesellschaft bedeuten würde, sobald die rechten Konsequenzen daraus gezogen werden, ist gar nicht abzusehen. Die Feststellung der Zinsgegner (die man übrigens immer wieder zu diskreditieren sucht durch die Behauptung, sie wollen den Zins „abschaffen“ oder „verbieten“), daß der Zins 50 % und mehr unseres Arbeitseinkommens vorwegnimmt, begegnet meist ungläubigem Kopfschütteln.

Im Unabhängigen Nachrichtendienst (UND) der Freisozialen Union, Hamburg, wird von einem Fachmann folgende Berechnung (die jeder mit seinen eigenen diesbezüglichen Erfahrungen vergleichen kann) aufgestellt für die Mietkosten einer freifinanzierten Geschoßwohnung von 70 qm bei mittlerer Ausstattung in guter Lage einer Großstadt. Sie spricht für sich:

#### A. Berechnung der Bau- und Bodenkosten

1. Baukosten:		
375 cbm umbauter Raum je 85,— DM (einschl. Baunebenkosten)		31 875,— DM
2. Kosten des Grund und Bodens (anteilig)		4 000,— DM
	Insgesamt	35 875,— DM

#### B. Berechnung der Kostenmiete

1. Kapitalkosten:		
7 % Zinsen von 35 875,— DM Bau- und Bodenkosten		2 511,25 DM
2. Bewirtschaftungskosten:		
a) 1 % Abschreibungen von 31 875,— DM Baukosten	318,75 DM	
b) Verwaltungskosten	40,— DM	
c) Instandhaltungskosten für 70 qm Wohnfläche je 2,25 DM	157,50 DM	
d) Mietausfallwagnis 2 % der Mieten von 3360,— DM = rund	66,— DM	
e) Betriebskosten (Grundsteuer, Müllabfuhr, Kanalbeiträge, Wasser- geld, Kehrlohn, Treppenlicht, Hauswart, Versicherungen)		
8 % der Mieten von 3360,— DM rund	266,50 DM	
	Bewirtschaftungskosten insgesamt	848,75 DM
	Jährliche Kostenmiete	3 360,— DM
	monatliche Kostenmiete:	
	<u>3360</u>	
	12	
	=	280,— DM

#### Kostenanteil des Kapitalzinses an der Jahresmiete:

a) Kapitalzins, jährlich	2 511,25 DM
b) Jährliche Kostenmiete (Kapitalzins plus Bewirtschaftungskosten)	3 360,— DM
c) Kostenanteil der Kapitalzinsen an der Jahresmiete:	

$$\frac{2\,511,25 \times 100}{3360} = \text{rd. } 75\%$$

Angesichts dieses überraschenden Erfolges ist es fast undankbar, zu erklären, daß sich die Dinge doch nicht ganz im Sinne der Gründer entwickelt haben. Die ASM ist zu einer Art Aufsichtsorgan der freien Marktwirtschaft geworden und gewiß wird in diesem Rahmen ganz ausgezeichnete Arbeit geleistet. Es wäre nur zu wünschen, daß sie bei den maßgebenden Politikern mehr Beachtung fände, als das bisher der Fall war. Aber die eigentliche Problematik, die Frage nach der Konsolidierung einer den Fortbestand der freien Welt garantierenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die eine kompromißlose Lösung des Geld- und Bodenproblems zur Voraussetzung hat, ist doch seit dem frühen Tod des Gründers Otto Lautenbach mehr und mehr als allzu heißes Eisen in den Hintergrund geraten.

Solange man aber nicht den Mut findet, die elementaren Widersprüche im Strukturbild der sogenannten freien Gesellschaft zu beseitigen, bleibt die Freiheit des Menschen durch die sich notwendig ergebenden Konflikte und Krisensituationen ständig bedroht, solange werden immer wieder Lösungsversuche durch dirigistische Eingriffe von innen und außen den Gang der Entwicklung stören. Solange werden wir nicht in der Lage sein, der aus dem Osten drohenden Gefahr wirksam zu begegnen.

Diese Unsicherheit in der politischen Zielsetzung läßt vor allem weiterhin die Gefahr bestehen, daß in kritischen Zeiten irgendwelche vorgefaßte Meinungen — von gerissenen Demagogen gestützt — bei einer Mehrheit Boden gewinnen und zu einem neuen Massenwahn führen.

Eine ins Leben getretene Erkenntnis entschwindet nicht mehr aus demselben. Widerstände und Mißverständnisse können ihr Drängen ans Licht nur verzögern aber nicht verhindern. Und so sind denn nach 1945 unabhängig voneinander eine ganze Reihe von Institutionen und Bewegungen entstanden, die nur mit wechselnden Mitteln und Methoden im Grunde das gleiche Ziel verfolgen. Da ist zunächst das „Seminar für freiheitliche Ordnung des Staates, der Wirtschaft und der Kultur“, das alljährlich im August in Herrsching am Ammersee seine Tagungen abhält. Das Erfreuliche an dieser Gründung ist vor allem, daß sie zu einem Sammelbecken geworden ist für eine Jugend, die frei von jedem politischen und dog-

matischen Vorurteil, aber in strenger sachlicher Schulung sich jedem politischen Gegner, aus welchem Lager er auch kommen mag, gewachsen zeigt. Das gleiche gilt von der „Akademie für freie und soziale Ordnung“ mit dem Sitz in Bottrop, die sich vor allem dem Studium der modernsten Wirtschaftsmethoden, so besonders der Kybernetik widmet. Ferner ist zu nennen die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft“ mit ihrem Mitarbeiter K. Walker, dessen letztes Werk „Europäische Währungsordnung“ stärkste Beachtung verdient und der mit seinem, im Ausland bereits prämierten „Volkswirtschafts-Planspiel“ vollkommen neue Lehr- und Forschungsmöglichkeiten für die Wirtschaftswissenschaft entwickelt hat\*). In Berlin besteht der „Neue Bund“, der versucht, in mehr populär gehaltener Form die entscheidenden Gedanken einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, während im Ruhrgebiet die „Freisoziale Union“ sich als Partei konstituiert hat.

Was aber der Mensch von heute braucht, der sich in den verwirrenden Eindrücken des Alltags nicht mehr zurechtfindet, ist *ein fester Halt, der ihm nur durch ein Wissen um das Wesentliche gegeben werden kann*, und dessen er bedarf, um zu einer positiven Haltung gegenüber einer, über allen Sonderinteressen stehenden Gesamtordnung zu gelangen. Nichts könnte daher, meiner Überzeugung nach, der Sache des Friedens und der Freiheit mehr dienen, als eine Aufklärung ganz großen Stils im Sinne der genannten Institutionen, unter Einsatz modernster Methoden der Werbung und aller ihr dazu zur Verfügung stehenden Mittel. *Sie müßte ausgehen von einem völlig autonomen, eigens für diesen Zweck geschaffenen und von absolut unabhängigen und vorurteilsfreien Persönlichkeiten geleiteten Institut.*

Niemand wird jemals beweisen können, daß für die vernunftbegabte Gattung Mensch unmöglich sein soll, was für die Gattung Tier in jeder Form eine Selbstverständlichkeit ist: eine zweckmäßige, dem einzelnen Individuum gerecht wer-

\*) Während der Drucklegung dieser Flugschrift erreichte uns die Nachricht, daß Karl Walker auf der 3. Internationalen Erfinder-Ausstellung in New York für sein Volkswirtschafts-Planspiel die Goldmedaille erhalten hat. Erst Brüssel und nun New York — und die Bundesrepublik? Soll die Abwanderung unserer besten Geister immer noch weitergehen? — Siehe auch TELOS Heft 1/1968. —

dende Lebensgemeinschaft zu bilden. Da es keine generellen, naturbedingten Hindernisse für das friedliche Zusammenleben der Gattung gibt, können sie nur vom Menschen geschaffen worden sein und deshalb auch durch den Menschen wieder beseitigt werden.

Diesen Sachverhalten im einzelnen nachzugehen, die bisher aus der Erfahrung gewonnenen Ergebnisse immer neu zu überprüfen und alle Chancen wahrzunehmen zu einem allmählichen und systematischen Abbau bzw. einer Korrektur aller durch Machteinflüsse entstandenen Fehleinrichtungen und Fehlentwicklungen soll die Aufgabe des Institutes sein. Eine Aufgabe, der sie sich unter weitmöglichster Mitwirkung und ständiger Kontrolle durch die Öffentlichkeit zu unterziehen hätte. Eine gewaltige Aufgabe, gewiß, die aber eben darum nur durchführbar ist, wenn sie von einer ausreichenden Anzahl Gleichgesinnter im Volk unterstützt wird.

Ein derartiges Institut würde an Bedeutung jede andere Einrichtung sozialer, wissenschaftlicher oder wirtschaftlicher Art bei weitem übertreffen, die ja alle der Staat bisher mit Millionenbeträgen unterstützt hat. Warum aber sollte es nicht möglich sein, die in diesem Falle nötigen Mittel aufzubringen?

Man hat Millionen aufgewendet, um einen Demagogen und Hasardeur die Mittel in die Hand zu liefern, unsere Heimat zu zerstören und namenloses Elend über die Welt zu bringen.

Man hat Milliarden aufgewendet, um ein Instrument der Zerstörung zu erstellen, das die Welt ständig mit dem Untergang bedroht.

Man wendet weitere Milliarden auf für Spaziergänge im Weltraum, während unsere Erde einem vom Haß geschürten Hexenkessel gleicht.

*Sollte es da nicht möglich sein, endlich auch Mittel aufzubringen, um die ungleich sinnvollere Arbeit jener Männer zu fördern, die sich um den Aufbau einer friedlicheren Welt bemühen?*

Aber freilich, es ist kaum zu erwarten, daß die Initiative zu einem derartigen Unternehmen von einer Regierung ausgeht, man würde den Vorschlag mit absoluter Sicherheit im Parlament zu Tode reden. Der Entschluß hierzu kann nur aus dem Willen der Allgemeinheit kommen, aus der Initiative klarsichtiger Bürger.

Damit aber wird deutlich, wie sehr es noch der Erziehung in recht verstandenem freiheitlichen Geist bedarf. Daß solche Erziehung bereits im Elternhaus beginnen und in der Schule ihre Fortsetzung finden muß, darauf wird besonders im Schrifttum des Seminars für freiheitliche Ordnung und auch in dem des Neuen Bundes immer wieder mit Nachdruck hingewiesen.

Für viele Deutsche gilt die Wiedervereinigung als das selbstverständliche Ziel, das jede deutsche Regierung anzustreben hat. Der Gedanke, daß bis zur Stunde überhaupt kein Weg dorthin führt, gewinnt keinen Raum in ihren Überlegungen. Günter Grass, der seinerseits auch eine Wiedervereinigung, wie sie in der Vorstellung jener Deutschen lebt, für utopisch hält, versucht an Hand unserer geschichtlichen Vergangenheit nachzuweisen, daß der nationale Einheitsstaat noch zu keiner Zeit der deutschen Mentalität gemäß war und empfiehlt als Lösung eine Konföderation, wobei „ein Gremium dieser Konföderation, das seinen Sitz alternierend in Leipzig und Frankfurt haben möge“, die anstehenden Aufgaben zu lösen hätte.

Einigkeit, europäische wie deutsche, setzt nicht Einheit voraus, meint Grass, und Deutschland ist nur zwangsweise, also immer zu seinem Schaden, eine Einheit gewesen. Denn Einheit sei eine Idee, die wider den Menschen gesetzt ist, sie schmälert die Freiheit. Eine Annäherung in Form einer Föderation würde dagegen Sicherheit bedeuten und könnte beispielhaft werden für eine künftige europäische Lösung, die gewiß eine föderalistische sein wird. Ich habe die Schwierigkeiten, die einer solchen Lösung meiner Meinung nach entgegenstehen, bereits angedeutet.

Selbst aber wenn ein einigermaßen befriedigender Kompromiß zwischen Ost und West gefunden wird, was ist damit erreicht? Doch nicht mehr, als daß man einander Gewehr bei Fuß gegenübersteht; denn Wasser und Feuer können keinen Bund miteinander eingehen. Ein auf Freiheit und ein auf Gewalt aufgebautes System schließen sich gegenseitig aus. Die Welt bleibt unbefriedet nach wie vor.

Schließlich ist zu sagen, daß die endgültige Entscheidung in dieser Frage ja ausschließlich auf höchster diplomatischer Ebene gefällt werden

wird, daß es ganz und gar von der Art des Wirksamwerdens der diplomatischen Kräfte und von der gegebenen politischen Situation abhängen wird, welche Ergebnisse die Verhandlungen zuletzt zeitigen werden und daß der deutsche Staatsbürger jedenfalls soviel wie keinen Einfluß darauf haben wird. Um so bedeutender aber könnte der Einfluß des einzelnen Deutschen auf die zukünftige Entwicklung des Schicksals unseres Volkes, ja der Welt überhaupt werden in den Fragen, die wir zum Gegenstand dieser unserer Betrachtungen gemacht haben.

\*

Der Sinn unserer Darlegungen war es, darauf hinzuweisen, daß wir Gefahr laufen, über unserem Bemühen um letztlich unrealistische Ziele unsere ganz große Chance zu verpassen. Ihr Sinn war es, offenbar zu machen, daß seit mehr als einem halben Jahrhundert in unseren Landen Kräfte am Werke sind, die um einen Ausweg ringen aus den Verstrickungen, in die die Welt geraten ist durch die seit je von der Macht diktierten Kurzschlußhandlungen. Und daß diese Kräfte, fußend auf den Erkenntnissen der bedeutendsten voraufgegangenen Denker, sowie in ständiger Auseinandersetzung mit zeitgebundenen Meinungen und Überzeugungen sich zu einer entscheidenden Klarsicht in den Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens durchgerungen haben.

Allein die Tatsache, daß es in der BR nicht weniger als sechs Vereinigungen gibt mit Mitgliedern zum Teil von höchstem Rang und Namen, die unabhängig voneinander entstanden und nur infolge der gegebenen Umstände auf getrennten Wegen die ganz gleichen Ziele verfolgen, verbietet jeden Zweifel an dem fundierten wissenschaftlichen Charakter dieser Bestrebungen. Es wäre an der Zeit, der Arbeit dieser Männer die umfassendste Unterstützung durch die Allgemeinheit im Sinne der hier gemachten Vorschläge zuteil werden zu lassen. Es wäre an der Zeit, die in diesen Gremien gewonnenen Einsichten ins Bewußtsein der Allgemeinheit zu tragen und sie davon zu überzeugen, daß es in Wahrheit nur einen ernsthaften Gegner in dieser Sache gibt, nämlich den, der seinen Vorteil auf Kosten des Nächsten sucht.

Wer aber von vorneherein verzagt, weil er an keinen Sieg glaubt über die Mächtigen dieser

Erde, dem sei gesagt, daß *alles, was Gültigkeit und Bestand in dieser Welt gewonnen hat, nicht durch die Macht geschaffen wurde, sondern durch den Geist*. Der Mensch, der nicht an den Sieg des Geistes über die Gewalt zu glauben vermag macht sich selbst zu ihrem Sklaven; denn immer waren es die Sklavenseelen, die der Macht zum Siege verholfen haben.

Laßt uns deshalb vor die Welt hintreten und sprechen: Wir sind gewillt zu einem neuen Anfang — nicht mit Reden, die seit je gehalten wurden für den Frieden und doch den Krieg bedeuteten. Wir sind bereit aufzustehen gegen das Übel der Welt und den Kampf aufzunehmen gegen seine Bundesgenossen, gegen Scheinheiligkeit und Unvernunft. Wir sind bereit, die Sehenden und Gutgewillten im Lande aufzurufen zur Verteidigung des Friedens und der Freiheitsrechte des Menschen. Denn wie sagt Walter Eucken? „Der Entzug der Freiheitsrechte führt zur schlimmsten aller Folgen: zur *Zersetzung der menschlichen Substanz*, und die soziale Frage ist heute in ihrem Kern die Frage nach der Freiheit des Menschen.“

Schon die ersten sichtbaren Zeichen einer sich bekundenden allgemeinen Bereitschaft zu solchem Aufbruch in neues Land würden die Welt aufhorchen lassen, sie würden unserem mißtrauischen Gegner endgültig die Waffen aus der Hand schlagen, sie könnten den jungen, um ein staatliches Eigenleben ringenden Völkern zu einem willkommenen Wegweiser werden und sie könnten nicht zuletzt für uns selbst ein erster Schritt sein zur Wiedergutmachung dessen, was in unser aller Namen gesündigt wurde.

#### VEREHRTE LESER!

Soll das Prinzip der Macht oder der Geist der Freiheit künftighin die Welt beherrschen? Das ist die Schicksalsfrage der Menschheit von heute.

Der Kampf der Prinzipien ist bereits im vollen Gange!

Aber — wir versuchten es in unserem Aufruf zu zeigen — die Waffen derer, die um die Freiheit kämpfen, sind zu stumpf, um in diesem Kampf zu obsiegen. Es gilt, sie zu schärfen. Das aber setzt voraus die Erkenntnis unserer eigenen Schwächen und deren Überwindung.

Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung in diesem unseren Bemühen. Schon der Ersatz der geringen Kosten dieses Heftes wäre uns eine bedeutende Hilfe, weil es uns in die Lage versetzt, ein weiteres Exemplar zu versenden. Wenn jeder Empfänger dieses kleine Opfer bringen würde, könnte dieser Ruf zur Besinnung in absehbarer Zeit in jedes deutsche Haus gelangen.

Wer an unsere Zukunft und die unserer Kinder denkt, der müßte uns seine Hilfe leihen.

#### LITERATUR-VERZEICHNIS

- Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie. 4. Auflage, Gustav Fischer, Jena 1944.
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. J. C. B. Mohr, Tübingen 1952.
- Gesell, Silvio: Die natürliche Wirtschaftsordnung. 9. Auflage, R. Zitzmann, Lauf b. Nürnberg 1958. DM 22,50. (Auch Englisch, Französisch u. Spanisch)
- Hartmann, Robert S.: Die Partnerschaft von Kapital und Arbeit. Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen 1958.
- Humboldt, Wilhelm von: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen. Marées-Verlag, Wuppertal 1947.
- Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes. Duncker und Humblot, München 1936.
- Hoffmann, Hans: Das Instrumentarium der Schweizerischen Nationalbank. Otto Simmen, Bern 1967. (Eine kurzgefaßte, aber höchst aufschlußreiche Schrift über das Bankwesen. Preisgekrönt.)
- Noebe, Will: Um die Güter der Erde. Rud. Zitzmann Verlag, 8560 Lauf a.d.P. — 120 S., DM 4,80.
- Rüstow, Alexander: Ortsbestimmung der Gegenwart. Eugen Rentsch Verlag, Stuttgart 1960.
- Salzmann, Friedrich: Bürger für die Gesetze. Bern 1949.
- Salzmann, Friedrich: Jenseits der Interessenpolitik. Bern 1953.
- Vogel, Heinz Hartmut: Jenseits von Macht und Anarchie. Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1963.
- Wagner, Emmy: Die letzte Chance. (Auch Französisch). R. Zitzmann, Lauf b. Nürnberg. DM 4,80 bis ca. 5,80.
- Walker, Karl: Konjunkturpolitische Betrachtungen. R. Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1961. 160 S., DM 5,80.
- Walker, Karl: Neue Europäische Währungsordnung. R. Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1963. DM 23,50.
- Winkler, Ernst: Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung. Vita Verlag, Heidelberg 1952. 260 S., DM 18,50.
- Zimmermann, Werner: Geld und Boden, Schicksalsfragen aller Völker. Humata Verlag Harold S. Blume, Bern 1967. 180 S., DM 9,80.

#### PERIODISCHE SCHRIFTEN

- Evolution, Monatsschrift für Kultur, Wirtschaft, Politik. Bern, Sempacherstraße 9.
- Telos, Die Welt von Morgen. 1 Berlin 30, Hohenstaufenstraße 60.
- Die Tagungsprotokolle der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Ludwigsburg, Walter Hoch.
- Fragen der Freiheit, hrg. vom Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft des Staates und der Kultur. Hrsg. Gebr. Vogel, 6554 Meisenheim.
- Mensch, Technik, Gesellschaft; Zeitschrift für Sozialökonomie (mtg). Hrsg. von Bernd Hasecke, 425 Bottrop, Auf der Koppe 8.

#### DER VEREHRTE LESER

wird gebeten, einen etwaigen Betrag zu den Kosten der Vertreibung dieser Schrift auf das Konto des Neuen Bundes, 1 Berlin 30, Hohenstaufenstraße 60,

**DER NEUE BUND**

Freiheitlich-soziale Vereinigung e. V.  
Postscheckkonto: Berlin-West 276 87

zu überweisen.

Weitere Exemplare der Flugschrift können gleichfalls von dieser Adresse bezogen werden.

1 Expl. = 0,50 DM — 50 Expl. = 25,— DM —  
100 Expl. = 40,— DM

Anschrift des Verfassers: Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl, Altbürgermeister, 8032 Gräfelfing b./München, Killerstraße 9.

Copyright 1968 by TELOS — Der Neue Bund, freiheitlich-soziale Vereinigung e. V., Berlin. — Printed in Germany. — 3. Aufl. 21.—30. Tsd. — Alle Rechte vorbehalten. Einzelpreis DM 0,50 — 100 Expl. DM 40,—  
Druck: Max Schönherr, Berlin.

## Die Welt von morgen beginnt heute

Nur Narren lernen nicht aus der Erfahrung.

Die Erfahrung der Menschheit ist ihre Geschichte. Noch kurz, ist sie doch lang genug für eine Zwischenbilanz.

Immer wieder senkte sich ihre Waage, jedes Abwärts der Untergang einer Kultur. Gewogen also und zu leicht befunden?

So eifrig diese Meinung verbreitet wird und daher ist, so verfehlt ist sie.

**Der Mensch ist kein mißlungenes Experiment der Schöpfung.**

Mißlungen sind bis heute allein seine Experimente, sich eine seiner Natur gemäßige Ordnung des Zusammenlebens zu schaffen. Daher blieb er der Macht und ihrem Mißbrauch überantwortet. Was der Genius der Besten geschaffen — inspiriert von Kräften oberhalb des jeweiligen Zeitbewußtseins — wurde so immer wieder gedrosselt, in sein Gegenteil verkehrt, vernichtet.

Denn Zivilisation und Kultur sind die lichten Räume eines Hauses, dessen Fundament die Normen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat bilden. Und ist die Basis morsch, müssen die Häuser stürzen.

**Die Risse im Fundament erkennen, ist daher das Erste, das Wesentliche,** Zwei Spaltpilze verursachen sie: **Geldzins und private Grundrente.** Sie trennen in weithin unbekannter und bewußt vernebelter Selbstwirksamkeit die Gesellschaft immer wieder in das Heer ohnmächtiger Habenichtse und allmächtige Minderheiten Überreicher. Sie sind die wahren Wurzeln des Kampfes Aller gegen Alle, der Bürger- und Völkerkriege, der Vernichtung von Kulturen und Zivilisationen.

Dennoch herrschen Unkenntnis und absichtvolles Schweigen, während der Markt widerhallt von vernebelndem Geschwätz, unwirksamen Protesten und dem Aufschrei hungernder Millionen.

Das **Zweite** ist darum, die Mauer des absichtsvollen Schweigens zu brechen, das verächtliche Geschwätz zu beenden, den Protestierenden und Hungernden das Ziel zu weisen. Denn nur das Wissen um das Wesentliche liefert die Argumente zu seiner Überwindung. Proteste, Märsche, Krawalle, Steine, Stinkbomben besitzen keine Beweiskraft. Sie sind so wenig Argumente wie Verunglimpfung von Personen, Rassen, Völkern und wie Atombomben, Weltraumflüge, Ideologien und Glaubensbekenntnisse. Selbst Liebe und Gewaltlosigkeit — so sehr wir sie achten — sind es nur, wenn Wissen um das Wesentliche sie leitet.

Wieder sind mehr als je und im Weltmaßstab Kultur und Zivilisation vom Untergang bedroht. Niemand zwar will ihn, schon weil es der eigene wäre. Doch jeder fördert ihn, so lange er schweigend abseits steht.

Nie wurden Stumpfheit und Passivität eindeutiger zur Mitschuld als heute. Denn wo die Spaltpilze wirken, kommt es mit zwingender Notwendigkeit zur Auslese des Minderwertigen, erst wo sie überwunden sind, zur Höherentwicklung und Führung durch die Besten — den Geist.

Der Weg nach oben aber beginnt bei den Fundamenten.

Daher auch gibt es nur eine wirkliche, weil entscheidende Wahl: die zwischen schweigender Mitschuld und mutiger Rede und Tat.

Und was könnte mehr Befriedigung, froheres Selbstbewußtsein, größere innere Sicherheit und Freiheit, wertvollere Kameradschaft bedeuten als in Gemeinschaft mit den Besten aller Zeiten Hand anzulegen an den Bau des neuen, des unerschütterlichen Fundamentes, mitzuwirken an der Befreiung von Irrtum, Knechtschaft, Hunger, Haß und Selbstzerstörung?

Wähle, bevor es zu spät ist!

Die Welt von morgen will Wirklichkeit werden.

Eine neue Epoche der menschlichen Geschichte beginnt.

Bau' mit an ihren Fundamenten!

# DER NEUE BUND

Freiheitlich-soziale Vereinigung

Vera Bauer — Prof. Dr. P. H. Diehl —  
Dr. Herbert Hahn — Dr. Will Noebe —  
Felix Rochalski — Hermann Speel-  
mann — Dr. Emmy Wagner.

Satzung, Programm und Aufnahme-Antrag mit einer Folge des Bundesorgans TELOS, Die Welt von morgen — gegen Einzahlung von DM 3,— auf Postscheckkonto Berlin W 900 72 — TELOS — 1 Berlin 30.